

Inhalt

1.	Satzung	3
	S01: Zusammensetzung des Vorstands	3
	S04: Zusammensetzung des Vorstands II	4
2.	Programm	5
	P01: Fahrscheinloser ÖPNV	5
	P02: Piratenpartei lehnt Präventivstaatlichkeit ab	7
	P03: Präambel erneuern	9
	P04: Transparente Verwaltung	9
3.	Sonstiges	12
	X01: Positionspapier: Bürgermeister benötigt Ausschreibung!	12
	X02: Treffen mit anderen Parteien	13

SATZUNG

S01: Zusammensetzung des Vorstands

Antrag:

Es wird beantragt, dass § 9a Absatz 1 Satz 4 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „einer in § 9a (2) geregelten Anzahl an Politischen Geschäftsführern“. Des Weiteren wird beantragt, dass § 9a Absatz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „Die genaue Anzahl der Beisitzer, Stellvertreter und Politischen Geschäftsführern kann durch den Kreisparteitag festgelegt werden. Die Anzahl kann für einzelne Ämter auch Null betragen, jedoch muss mindestens ein Amt besetzt sein. Auch wird beantragt, dass § 9a Absatz 3 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „Alle Ämter gehören dem geschäftsführenden Vorstand an. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen.“

Begründung:

Mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

S02: Zusammensetzung des Vorstands II (Konkurierend zu S01)

Antrag:

Es wird beantragt, dass § 9a Absatz 1 Satz 4 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „einer in § 9a (2) geregelten Anzahl an Politischen Geschäftsführern“. Des Weiteren wird beantragt, dass § 9a Absatz 2 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „Die genaue Anzahl der Beisitzer, Stellvertreter und Politischen Geschäftsführern kann durch den Kreisparteitag festgelegt werden. Die Anzahl kann für einzelne Ämter auch Null betragen, jedoch muss mindestens ein Amt besetzt sein. Auch wird beantragt, dass § 9a Absatz 3 durch folgenden Wortlaut ersetzt wird: „Der geschäftsführende Vorstand besteht aus mindestens Personen, der Kreisparteitag muss diese nach Ihrer Wahl bestimmen. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen.“

Begründung:

Mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

PROGRAMM

P01: Fahrscheinloser ÖPNV

Antrag:

Es wird beantragt unter dem Punkt „Öffentlicher Personennahverkehr“ folgenden Wortlaut zu ergänzen:

„Fahrscheinlose Nutzung

Jedem ist, unabhängig vom Einkommen, die Möglichkeit an der Teilhabe am öffentlichen und kulturellen Leben zu gewähren. Die Mobilität bestimmt sich durch den Individualverkehr und die Nutzung des ÖPNV. Wir werden mittelfristig eine gemeinschaftlich finanzierte Nutzung des ÖPNV einführen, um das soziale Recht der Mobilität vom Einkommen des Einzelnen abzukoppeln.

Ein fahrscheinloser, gemeinschaftlich finanzierter ÖPNV kann einen weiteren Beitrag dazu leisten, den Individualverkehr in der Stadt weiter zu begrenzen und die Gäste der Stadt auf die Nutzung des innerstädtischen Nahverkehrs umzulenken. Weniger Individualverkehr bedeutet weniger Lärm und Emissionen. Man benötigt weniger Parkflächen in der Innenstadt und gewinnt mehr nutzbare Freiräume.

Die Umstellung des ÖPNV auf eine unentgeltliche Nutzung bedeutet keinen Verlust von Arbeitsplätzen. Statt die Fahrgäste zu kontrollieren, wird freiwerdendes Personal zur Verbesserung des Informationsservice eingesetzt. Fahrgäste werden wieder Gäste in den öffentlichen Verkehrsmitteln und sind keine potentiellen Schwarzfahrer mehr.

Anhand eines Konzeptes zur Umsetzung eines fahrscheinlosen ÖPNV, in dem die zu erwartenden Fahrgastzahlen, die hierzu benötigten Beförderungsmittel sowie deren Kosten transparent und nachvollziehbar darzustellen sind, werden wir dieses Anliegen prüfen. Hierzu rufen wir alle am ÖPNV beteiligten Unternehmen zur Teilnahme und Transparenz in der Aufstellung der benötigten Beförderungs- und Hilfsmittel sowie des einzusetzenden Personals auf, Konzepte zu erstellen. In den Konzepten sind die Anbindungen ins Umland zu berücksichtigen.

Die Finanzierung erfolgt über die Erhebung kommunaler Abgaben.“

Begründung:

Die Mobilität ist ein wichtiger Punkt an der gesellschaftlichen Teilhabe, leider ist das momentane ÖPNV-Angebot in der Region nicht attraktiv. Die Fahrscheinlose Nutzung soll ein erster Schritt zur Steigerung dieser Attraktivität sein.

Wenn diese Attraktivität erreicht ist, kann man mit einer großen Zunahme an Fahrgästen rechnen, möglicherweise können Straßen zurückgebaut werden und es entsteht mehr Freiraum für eine lebenswerte Gestaltung in der Innenstadt. Großbauprojekte wie B39 würden wegfallen.

Bestes Beispiel ist die Stadt Hasselt, welche seit den 1990er dieses System benutzt und innerhalb von 10 Jahren das Fahrgastaufkommen auf 1319% steigerte: http://de.wikipedia.org/wiki/Personennahverkehr_in_Hasselt

Diplomarbeit zum Thema: http://www.schwarzfahren.de/pdf/2010_maudet_nulltarifsystem-im-oepnv

Bericht VRN 2010: http://www.vrn.de/mam/vrn/service/dokumente/vrn_verbundbericht_2010.pdf

Wünschenswert ist eine komplette Umstellung im VRN, hilfsweise auch erst mal als Pilot in Neustadt.

Hierzu Zahlenmaterial (Stand 2010):

249.000.000 EUR - Einnahmen des VRN

3.146.464 Einwohner – Gesamtgebiet VRN

52.855 Einwohner – Gebiet Neustadt an der Weinstraße

1.258.585,6 Verdiener – Gesamtgebiet VRN (40% der Einwohner)

17.663 Verdiener – Gebiet Neustadt an der Weinstraße (Sozialversicherungspflichtig 2011)

Fahrscheinlos Gesamt VRN:

$249.000.000 / 1.258.585,6 = 197,84113 / 12 = 16,486761 \Rightarrow \text{ca. } 16,50 \text{ EUR pro Monat pro Verdiener}$

Fahrscheinlos Gebiet Neustadt an der Weinstraße:

$52.855 \text{ Einwohner} / 3.146.464 \text{ Einwohner} = 0,0167982217498754157047403053078 \text{ Anteil}$

$249.000.000 \text{ EUR} * 0,0167982217498754157047403053078 = 4182757,21571897851048033602 \text{ EUR}$

$4182757,21571897851048033602 \text{ EUR} / 17.663 = 236,80899143514570064430368689589 / 12 = 19,734082619595475053691973907991 \text{ EUR} \Rightarrow \text{ca. } 20 \text{ EUR pro Monat pro Verdiener}$

Außerdem würde man im Gebiet des VRN sparen:

- (Wartungs-) Kosten für ca. 750 Fahrscheinautomaten
- Verwaltungskosten für ca. 286.082.000 Zeitkartenabonnenten

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P02: Piratenpartei lehnt Präventivstaatlichkeit ab

Antrag:

Es wird beantragt unter dem zu erstellenden Punkt „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ folgenden Wortlaut in das Kommunale Parteiprogramm aufzunehmen:

„Die Piratenpartei Mittelhaardt lehnt grundsätzlich präventive Ordnungsmaßnahmen für Volksfeste ab. Dazu zählen u.a. präventive Aufenthaltsverbote, Allgemeinverfügungen und Gefahrenabwehrverordnungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass kein Bürger aufgrund bloßer Vermutungen Grundrechts- und Menschenrechtseinschränkungen hinnehmen muss.“

Begründung:

Eine Präventivstaatlichkeit wird in der Piratenpartei strikt abgelehnt, wir haben uns u.a. schon zum Aufenthaltsverbot auf dem Eselshautfest geäußert.

Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben sich ohne Einschränkungen frei bewegen zu dürfen und nicht in seinen Grundrechten eingeschränkt zu werden.

Auch sind die momentan eingesetzten Verordnungen in ihrer rechtlichen Sicherheit, sowie in ihrer Effektivität mehr als umstritten. Um solche Verordnungen effektiv zu kontrollieren muss mehr Ordnungspersonal durch die Stadt eingesetzt werden, dieses könnte jedoch dann selbst für die Öffentliche Ordnung sorgen, sodass eine Verordnung, mit der jeder Bürger unter einen Generalverdacht gestellt wird, unnötig ist.

Rechtlich stehen die Verordnungen auf keinem sicheren Bein, weder hat die Stadt statistisches Fallmaterial vorgelegt, woraus eine Besserung der Situation seit den Verordnungen hervorgehen könnte, noch ist die Rechtsgrundlage für solch weitgehende Einschränkungen gegeben. Hierfür müsste durch das konsumieren der verbotenen Alkoholika eine konkrete oder abstrakte Gefahr hervorgehen. An den Grundsätzen des Bundesverwaltungsgerichts gemessen liegt hier jedoch nur ein Gefahrenverdacht vor.

Zur Sicherung der Volksfeste soll die Ordnungsbehörde auf klassische Instrumentarien im Einzelfall zurückgreifen, auch gilt das Jugendschutzgesetz auf Volksfesten und somit besteht auch eine Handhabe gegen jugendliche Störer.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P03: Präambel erneuern

Antrag:

Es wird beantragt in der Präambel folgende Wortlaute zu streichen: „Am 27. September 2009 hat die Piratenpartei Deutschland mit großem Erfolg an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilgenommen. In Neustadt an der Weinstraße wurde ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt errungen.“ und „Resultat der Bundestagswahl im Hinterkopf“

Begründung:

Aktualisierung.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

P04: Transparente Verwaltung

Antrag:

Es wird beantragt unter dem Punkt „Bürgerbeteiligung und politische Transparenz“ folgenden Wortlaut zu ergänzen:

„Transparente Verwaltung

Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, um bisher nicht zugängliche Behördenunterlagen zur Veröffentlichung aufzubereiten. Der Aktenbestand soll systematisch digitalisiert und veröffentlicht werden, beginnend mit Vergabeunterlagen für öffentliche Aufträge.

Alle städtischen Finanzdaten inkl. der Kontoführung sollen den Bürgerinnen und Bürgern im Netz zur Information zur Verfügung stehen. Eine Anonymisierung ist nur zum Datenschutz von Privatpersonen akzeptabel.

Auch alle Gesellschaften, an denen die Stadt beteiligt ist, unterliegen einem besonderen Transparenzanspruch. Durch die Transparenz wollen wir das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und die Städtischen Betriebe stärken. Sollte es Misswirtschaft in Verwaltung oder Betrieben geben, wird dies durch die verbesserte Transparenz schneller erkannt und behoben.

Ratsinformationssystem verbessern

Die Kommunen betreiben bereits seit einiger Zeit ein Ratsinformationssystem indem Dokumente und Termine der städtischen Gremien öffentlich zur Verfügung gestellt werden. Wir wollen dieses System weiterentwickeln, mehr Informationen zur Verfügung stellen und bessere Möglichkeiten zum Daten-Export bereitstellen. Bürgerinnen und Bürger müssen die Möglichkeit bekommen, sich über Newsletter und RSS-Feeds Updates zu bestimmten Gremien oder Themen zu abonnieren. Stadtratssitzungen online übertragen

Der Stadtrat bzw. Gemeinderat ist das wichtigste Gremium der Kommunalpolitik. Dort wird öffentlich über die Zukunft der Stadt debattiert und abgestimmt. Wer keine Möglichkeit hat direkt an den Sitzungen teilzunehmen, kann die Abläufe und Argumente der Diskussionen kaum nachvollziehen.

Wir wollen Stadtratssitzungen daher live und für jeden zugänglich ins Internet übertragen. Die Sitzungen sollen per Video aufgezeichnet und auf den Webseiten der Kommunen gemeinfrei verfügbar gemacht werden. So kann sich jeder Bürger unabhängig von Ort und Zeit informieren.

Bei nichtöffentlichen Sitzungen soll mindestens die Tagesordnung, der begründete Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit und die entsprechende, namentliche Abstimmung veröffentlicht werden.

Öffentlich-private Partnerschaften transparent machen

Öffentlich-private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor dem Abschluss offen gelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können. Das wesentliche Problem bei solchen Projekten sehen wir in der Vermarktung öffentlicher Interessen. Damit fördert die Stadt, dass private Einrichtungen Einfluss auf kommunale Aufgabenfelder nehmen.“

Begründung:

Selbsterklärend bzw. bei Bedarf mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

SONSTIGES

X01: Positionspapier: Bürgermeister benötigt Ausschreibung!

Antrag:

Es wird beantragt, folgenden Wortlaut als Positionspapier zu verabschieden:

„Die Piratenpartei Mittelhaardt fordert für die Besetzung des Amtes des 1. Beigeordneten, also des Bürgermeisters, eine öffentliche Ausschreibung. Darüber hinaus möchten sich die Mittelhaardter Piraten auf Landesebene dafür einsetzen, die Gemeindeordnung dahingehend zu ändern, dass für die Beigeordnetenämter auch Wahlen durch die Bürger verpflichtend sind.

Die bloße Bestimmung durch den Stadtrat, welcher sogar die Möglichkeit besitzt eine Ausschreibung zu verhindern, entspricht nicht unserem Demokratieverständnis.“

Begründung:

Selbsterklärend, ggf. bei Fragen mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung

X02: Treffen mit anderen Parteien

Antrag:

Die Piratenpartei Mittelhaardt steht grundsätzlich Treffen mit anderen Parteien und Wählergruppierungen offen gegenüber. Jedoch muss bei diesen Treffen sichergestellt werden, dass jeder Interessierte daran teilnehmen kann.

Begründung:

Mündlich.

Notizen:

Dafür

Dagegen

Enthaltung